

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/171

9. September 1974

Der umfassendste Kooperationsvertrag dieses
Jahrhunderts

"Akzeptables KSZE-Ergebnis wäre eine politische
Meisterleistung"

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses
des deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 86 Zeilen

Politischer Affront oder ökonomische Unvernunft ?

Ein notwendiges Nachwort zum Verhalten des VW-
Vorstandes

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und stellv.
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 44 Zeilen

Zivildienst keine sozialromantische Spielwiese

Zehn notwendige Folgerungen aus eigenen Erlebnissen

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 5 und 6 / 80 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 180 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 646 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 6611

Der umfassendste Kooperationsversuch dieses Jahrhunderts

"Akzeptables KSZE-Ergebnis wäre eine politische Meisterleistung"

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Auswärtigen und des

Verteidigungsausschusses des deutschen Bundestages

Sinn und Zweck der KSZE wird immer wieder in Frage gestellt. Es wird angenommen, daß die Sowjetunion lediglich darauf aus ist, die endgültige Besiegelung und allseitige Zustimmung zum jetzigen territorialen und politischen Status quo in Europa zu erreichen. Mehr noch, sie versuche, "ein ständiges Organ durchzusetzen, um nach Abschluß der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) mit Hilfe dieser Einrichtung auf die Weiterentwicklung Westeuropas bestimmenden Einfluß nehmen zu können". Der Versuch der UdSSR, Europapolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist legitim. Die historischen Fakten geben dem Westen jedoch keinen Anlaß, unzufrieden zu sein. Die Sowjetunion wünscht im Grunde seit 1954 eine europäische Konferenz. Sie sollte unter Ausschluß der USA und Kanadas stattfinden, eine Art Friedenskonferenz sein, und sich drittens nicht mit Problemen militärischer Sicherheit beschäftigen. Diese drei sowjetischen Forderungen konnten abgewehrt werden. Durch politische Geschlossenheit der westlichen Länder wurde eine neue Konferenzgrundlage geschaffen.

Die KSZE ist der umfassendste Versuch europäischer und amerikanischer Staaten in diesem Jahrhundert, die politische Zusammenarbeit auf allen wichtigen Gebieten vertrauensvoller zu gestalten. Wir Sozialdemokraten verantworten diese Politik seit 1969. Mit dem für uns zum Teil schmerzlichen Neuanfang der Ostpolitik haben wir die Bundesrepublik Deutschland aus der Verkrampfung gelöst und Anschluß an die sich ohnehin vollziehende internationale Entwicklung gefunden. Den so gewonnenen politischen Spielraum müssen wir bei der KSZE ausnutzen.

1/ Zusammenarbeit im humanitären Bereich (Korb 3). Wir betrachten den Ausbau menschlicher Kontakte, die Verbesserung des Informationsflusses und den Kulturaustausch als einen wesentlichen Bestandteil unserer Entspannungspolitik. Die Warschauer-Pakt-Staaten vermuten dahinter den Versuch des Westens, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Die ungebundenen Staaten halten die Aussichten für gut, durch den sog. "Package Deal" die Lage bei "Korb 3" zu entkrampfen. In einer akzeptablen Kompromißformel wird den Staaten das Recht bestätigt, ihr eigenes politisches System zu wählen und weiter zu entwickeln. Es wird jedoch auch die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß menschliche Kontakte, verbesserter Informationsaustausch und kultureller Austausch sich positiv auf Frieden und Sicherheit in Europa auswirken. Diese Einigung noch vor der Sommerpause kann als Signal für allseitiges Bemühen verstanden werden, die KSZE rasch zu einem vernünftigen Ende zu bringen.

Ich hoffe, daß die einsichtigen Kräfte der CDU/CSU diese Beurteilung teilen und sich von denen absetzen, die die Konferenz durch Überforderung der Ostblockstaaten platzen lassen wollen. Die Forderung - ohne Beseitigung

des DDR-Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze keine Einigung über "Korb 3" - trägt nicht dazu bei, Spannungen abzubauen, sondern provoziert neue. Jeder weiß auch, daß die USA nicht daran denken, auf diese Weise neuen Konfliktstoff im Verhältnis zur Sowjetunion aufbauen zu lassen. Sie werden gegen jeden Vorschlag Stellung beziehen, der von der Sowjetunion als Stoß gegen deren Einflußbereich aufgefaßt werden muß.

2/ Fragen der Sicherheit in Europa ("Korb 1^a"). Bisher haben die Ostblockstaaten im Bereich der militärischen Sicherheit lediglich die Bereitschaft gezeigt, Manöver-Beobachter zu akzeptieren. Zur Vertrauensbildung gehört auch eine Verständigung über die vorherige Ankündigung großer militärischer Manöver und anderer Truppenbewegungen in einem geographischen Raum, der Teile der Sowjetunion mit einbezieht. Die Kommissionsarbeit über "zwischenstaatliche Prinzipien" hat erfreulicherweise Verständigung über sechs der zehn Prinzipien erreicht. Jedoch muß allen Konferenzstaaten klar sein, daß die Bundesrepublik Deutschland auch in der Schlußphase der Konferenz nicht auf eine zufriedenstellende Formel über "friedliche Grenzänderungen" verzichten kann. Wir werden mit der gleichen Beharrlichkeit für dieses Prinzip eintreten, wie wir es bei den Verhandlungen der Sowjetunion über den Moskauer Vertrag getan haben. Dort wurde die Wiedervereinigungsoption offengehalten; bei der KSZE werden wir sie nicht in Frage stellen lassen. Mit dem Prinzip der friedlichen Grenzänderungen wird zudem die europäische Option offengehalten.

Die KSZE ist ein überaus schwieriges Unternehmen. Drei Beispiele.
1/ Die ungebundenen Staaten z.B. versprechen sich sehr viel von dieser Konferenz. Da sie weder über NATO noch über Warschauer Paktgremien und nicht über MBFR die europäische Entwicklung beeinflussen können, versuchen sie es über die KSZE. 2/ Wenigstens 400 Beamte sind allein am Konferenzort Genf in drei Hauptkommissionen, elf Unterkommissionen, einem besonderen Arbeitsorgan und einem Koordinierungsausschuß tätig. Hinzu kommt deren Ansprechpartner in den Ministerien der jeweiligen Heimatländer. Außerdem verhandeln in Wien 19 Staaten über MBFR. SALT-Gespräche werden zwar exklusiv zwischen USA und Sowjetunion geführt, jedoch informieren und konsultieren sie wenigstens teilweise ihre Bündnispartner. Bei dieser Vielzahl von Konferenzen und Kommissionen besteht die Gefahr, daß die Entspannungspolitik den Fachexperten ausgeliefert wird. 3/ Machen wir uns nichts vor: Der von NATO und Warschauer Pakt gewollte politische Durchbruch bleibt kompliziert. Das Mißtrauen gegenüber den Verhandlungspartnern bestimmt die Fortschritte in der Entspannungspolitik. Nicht zu unterschätzende Kräfte versuchen auch heute noch nach der Devise zu handeln, Sicherheit wird nur durch Überlegenheit garantiert. Jedes Wettrennen um Überlegenheit treibt das Wettüben weiter an. Die auf Überlegenheit Versessenen müssen wissen, das sie damit zwangsläufig ein militärisches Kriterium zur gesamtpolitischen Strategie überhöhen. Das Ziel der Entspannungspolitik kann nur durch Verzicht auf Überlegenheit erreicht werden.

Ein akzeptables Ergebnis zwischen den 35 europäischen und amerikanischen KSZE-Staaten wäre eine politische Meisterleistung.

(-/9.9.1974/ks/pr)

+ + +

Politischer Affront oder ökonomische Unvernunft ?

Ein notwendiges Nachwort zum Verhalten des VW-Vorstandes

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und stellv. Vorsitzender
des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Die Automobilindustrie hat Absatzsorgen - und das Management erntet Kritik. Im Mittelpunkt steht die Forderung, daß von dem hochbezahlten Top-Management großer Unternehmen erwartet werden kann, daß es sich nicht nur um Marktstrategie und Kostenkalkulationen kümmert, sondern sorgfältig die gesellschaftliche Entwicklung beobachtet und vorausschauend für die eigene Produktionsplanung daraus Konsequenzen zieht. Zumindest seit Mitte der 60er Jahre mußten die Automobilunternehmen erkennen, daß ihre Wachstumsraten sich verlangsamen, jedenfalls aber bei den einzelnen Produkten verschieben würden. Die Betriebsräte des Volkswagen-Werkes z.B. haben auch bereits zu dieser Zeit gefordert, daß in die Strategie ihres Werkes Überlegungen über eine Diversifikation der Produktionsgestaltung einbezogen werden. Das berühmte zweite oder dritte "Standbein" wurde verlangt - aber im Vorstand gab es keine Resonanz.

Auf die berechtigte Kritik, die für so große Unternehmen unabdingbare Diversifikation nicht versucht zu haben, hat die Automobilindustrie inzwischen reagiert: Vorstandmitglieder großer Unternehmen schreiben Briefe und suchen Gespräche. Das ist ein gutes Zeichen und läßt auf den Versuch zur Entwicklung neuer Überlegungen hoffen.

Völlig unverständlich aber ist vor diesem Hintergrund folgendes:
Anfang September machte eine von mir geleitete Delegation der SPD-Bundes-

tagsfraktion eine Informationsreise durch das nordhessische Zonenrandgebiet. Dabei war u.a. eine Betriebsbesichtigung mit anschließendem Gespräch mit Werksleitung und Betriebsrat des Volkswagenwerkes Baunatal vereinbart. Der hohe Vorstand des Volkswagenwerkes in Wolfsburg aber entschied, daß dieser Informationsbesuch lediglich dem hessischen Wahlkampf dienen würde und untersagte der Werksleitung die Betriebsbesichtigung; die Gesprächsbereitschaft dagegen wurde weiterhin betont. So selbstverständlich es ist, daß dieses Gespräch nicht stattfinden konnte - eine sozialdemokratische Bundestagsdelegation hört sich nicht die Sorgen der Werksleitung an, wenn sie nicht gleichzeitig Gelegenheit hat, vor Ort mit einzelnen Angehörigen zu sprechen -, so deutlich muß auch gesagt werden, wie merkwürdig dieses Verhalten des Volkswagenwerks-Vorstandes ist.

Da hat eine ganze Branche Probleme und das größte Unternehmen in dieser Branche die allergrößten. So wird der Ruf nach öffentlicher Hilfe erhoben, aber: der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wirtschaft kann sich "vor Ort" über diese Probleme nicht informieren. Der Betriebsrat hat unsere Probleme dargestellt; sie sind schwierig, aber nicht unlösbar. Das Verhalten des Wolfsburger Vorstandes jedoch läßt nur den Schluß zu, daß dort die Interessen des Werkes weniger gesehen werden als von den Betriebsräten. Die schwierigen Zukunftsprobleme der Automobilindustrie im allgemeinen und des Volkswagenwerkes im besonderen werden durch diese Haltung sicher nicht leichter lösbar.

(-/9.9.1974/ks/pr)

+ + +

Zivildienst keine sozialromantische Spielwiese

Zehn notwendige Folgerungen aus eigenen Erlebnissen

Van Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Zivildienstleistende - Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen also - sind derzeit "vernünftig untergebracht". Sie leisten Dienst an der Gemeinschaft. Auf Pflegestationen, im Rettungswesen, bei Alten, bei Kranken, bei dauerhaft körperlich und geistig Behinderten, im Umweltschutz und, generell gesehen, im vielfältigen Aufgabenfeld sozialer Dienste. Die Bundeswehr ist beruhigt, weil kaum jemand unter Berufung auf sein Gewissen sich dem Dienst an der Gemeinschaft entziehen kann. Der Verteidigungsminister registriert befriedigt, daß Kriegsdienstverweigerung derzeit nicht en vogue ist. Die Parlamentarier hören von 7.000 unbesetzten Zivildienstplätzen. Und die Öffentlichkeit nimmt zur Kenntnis, daß Zivildienst kein Honiglecken, sondern harte Arbeit für den Mitmenschen ist.

Alles o.k., könnte man sagen. Die Bundesrepublik - möchte man meinen - habe sich elegant aus der Schlinge gezogen, die mit Artikel 4, Absatz 3 des Grundgesetzes und den daraus resultierenden Spannungen zwischen aktivem Militärdienst und engagierter Verweigerung geknüpft worden war. Zwei Wochen unter Zivildienstleistenden im Bezirkskrankenhaus Haar bei München und Dutzende von Gesprächen mit Kriegsdienstverweigerern haben mich eines anderen belehrt. Fragen sind artikuliert worden, auf die wir Politiker gemeinsam eine Antwort finden müssen. Und diese Fragen lauten so:

1/ Wehrdienst zu leisten, ist eine Grundpflicht. Den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern, ein Grundrecht. Pflicht und Recht münden im Dienst für den Staat: ob in den Bundeswehreinheiten oder im sozialen Bereich. Das Ergebnis für den Dienstleistenden ist dasselbe: 15 bzw. 16 Monate seines Lebens hat er sich der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Darf dann - bei strenger Auslegung der Verfassung - der Gesetzgeber den Dienstleistenden der Bundeswehr einen Wettbewerbsvorsprung bei Bewerbungen um eine Stelle im öffentlichen Dienst einräumen?

2/ Noch immer maszt sich der Staat an, das Gewissen per Prüfungsverfahren testen zu können. Die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer wird so zum Lotteriaspiel - abhängig von der Zusammensetzung der jeweiligen Prüfungskammer. Das Unbehagen über die derzeitige Prozedur ist allgemein. Wann zieht der Gesetzgeber daraus die notwendigen Konsequenzen?

3/ Über den Dienst in der Bundeswehr werden die Schulabgänger von Jugendoffizieren informiert. Informationen über Art und Charakter des Zivildienstes fehlen völlig. Eine Gewissensentscheidung indes kann man qualifiziert erst in Kenntnis der Konsequenzen fällen. Ist das nicht eine Aufgabe der Regionalbetreuer im Zivildienst, muß ihnen nicht auch die Möglichkeit zu Informationsstunden in den Schulen gegeben werden?

4/ Zivildienst ist kein Ersatzdienst, der Gesetzgeber hat das 1973 klargestellt. Das heißt aber doch wohl auch, daß die Zivildienstleistenden

gut ausgebildet in ihre Aufgabe gestellt werden müssen. Kann es der Bund noch länger verantworten, unausgebildete Zivildienstleistende in Tätigkeitsbereiche zu verpflichten, die den Einzelnen zwangsläufig überfordern und die Qualität der Dienstleistung in Frage stellen?

5/ Manche bestehende Unzulänglichkeit im Zivildienst wird damit entschuldigt, daß die personelle Ausstattung beim Bundesamt in Köln leider noch zu wünschen übrig liesse. Kann das ein Argument sein? Der Staat, der von seinen jungen Bürgern etwas fordert, muß auch die finanziellen, sachlichen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen.

6/ Zivildienstleistende erhalten ebenso wie die Soldaten während ihrer Dienstzeit staatsbürgerlichen Unterricht. Wer formuliert die Bildungsinhalte, gibt es ein Programm, das in den 16 Monaten verbindlich abzuhandeln ist, und reicht die Zahl der Unterrichtveranstaltungen aus, die jetzt geboten werden?

7/ Zivildienstleistende sollen ebenso wie Soldaten die Gelegenheit zu sportlicher Betätigung bekommen. Wer könnte ernsthaft behaupten, daß diese Entscheidung des Gesetzgebers auch nur annähernd vor Ort verwirklicht wäre?

8/ Die Vernunft würde gebieten, den Zivildienstleistenden entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten einzusetzen. Welche Logik liegt darin, beispielsweise einen ausgebildeten Arzt monatelang Kartoffeln schälen zu lassen? Sollte nicht der fachbezogene Einsatz von der Ausnahme zur Regel werden?

9/ Wehrpflichtige werden den Bundeswehreinheiten zugeteilt, aber niemand käme auf den absurden Gedanken, es der Entscheidung des Feldwebels oder Kompanieführers zu überlassen, ob sie den Wehrpflichtigen übernehmen wollen oder nicht? Warum also eine "zweite Musterung" des Zivildienstpflichtigen durch den jeweiligen Träger bzw. seine Beauftragten in der Zivildienststelle?

10/ Das Bundesamt für den Zivildienst in Köln liegt zwangsläufig weit ab von den tatsächlichen Einsatzstellen der Zivildienstleistenden. Hat man wirklich schon alle Möglichkeiten ausgelotet, um den Dienstweg kürzer, die Betreuung effektiver, die Fürsorgepflicht des Dienstherrn umfassender zu gestalten?

Zivildienstleistende sind Kriegsdienstverweigerer. Aus politischen, moralischen oder religiösen Gründen haben sie sich für diese Art des Dienstes entschieden. Sie sind keine Friedenshelden, aber auch keine "sozialen Kasperl" der Nation. Man mag zu ihrer Entscheidung stehen, wie man will. Auf den Respekt, den der Verfassungsgeber ihrer Entscheidung zollte, haben sie Anspruch. Zivildienstleistende sind nichts Abnormes. Aber viele, allzu viele sehen es leider noch so. (-/9.9.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller